

Claus für die Fraktion der PDS:

Meine Damen und Herren! Ich muß auch noch einmal auf die Ausführungen meines Vorredners hier am Pult zurückkommen. Ich hoffe, Sie haben sie unbeschadet überstanden. Es war wohl eine Rede aus der Kategorie wie das Schwert Karls des Großen: sehr lang, sehr breit, aber eben auch sehr flach.

(Heiterkeit und Beifall)

Mein Thema ist auch nicht ohne eine gewisse Brisanz, und bevor Sie es mir zurufen, will ich es Ihnen gleich selbst sagen: Das Thema Mieten ist für die Fraktion der PDS sehr wohl wichtig, vor den Wahlen hier angesprochen zu werden.

(Zuruf von der CDU/DA: Wahlkampf! - Beifall)

Ja, ich hatte das erwartet, daß Sie da mit einstimmen.

„Unredlichen Wahlkampf“ nenne ich deshalb, dieses Thema zu umgehen und zu versuchen, die bitteren Wahrheiten erst nach dem 2. Dezember auszusprechen.

(Beifall bei der PDS)

Deshalb der PDS-Antrag:

„Der Ministerrat wird beauftragt, eine Verordnung zur Bindung der Mieten an die Entwicklung der Einkommen und zur Sicherung der Finanzierung der Wohnungswirtschaft zu erarbeiten und diese zum Bestandteil des Einigungsvertrages zu machen.“

Sie werden sagen, das habe keinen Zweck mehr, es sei gegenstandslos. Ich könnte Ihnen erwidern: Da fiele mir noch so manches andere hier ein, in dieser Kammer. Und ich darf auch sagen, daß dieser Antrag rechtzeitig vorlag.

Meines Erachtens kann man zu einer solchen Haltung aber nur kommen, wenn man dem Einigungsvertrag unkritisch zugestimmt hat. Und ich sage Ihnen: Das ist ein Vertrag, der Uneinigkeit sät. Die Aussage des Ministerpräsidenten, wer dem Einigungsvertrag nicht zustimme, behindere objektiv die Rechte der DDR-Bürger, ist einfach unwahr und unredlich, wenn man sich die unklare Situation bei den Mieten verdeutlicht.

Herr Krause hat uns hier in für mich schwer erträglicher Weise vorgemacht, was Erfolgspropaganda neuen Stils bedeutet. Man kann nur hoffen, daß diese Art Erfolgspropaganda ebenso wenig Erfolg hat, wie jene, die wir vorher hatten. Die hat ja nun nicht allzuviel Schaden angerichtet.

Es gab doch genügend Signale und Aufforderungen zum Thema Mieten. Ich erinnere an den im Ausschuß doch heftig diskutierten, aber angenommenen Dreistufenplan aus dem Bauministerium, der im Ministerrat verworfen wurde. Ich erinnere an die Hinweise und Forderungen vom Mieterbund. Ich erinnere an das Veto vom Verband der Wohnungsgenossenschaften und vor allen Dingen an die sorgenvollen Fragen aus der Wählerschaft - und hier darf ich wohl sagen: aller Parteien.

Unsicherheit entspringt nun auch aus der Denkschrift der Bundesregierung zum Einigungsvertrag, wonach kommunale Wohnungsunternehmen ohne weitere Subventionszahlungen die Wohnungsbestände verwalten.

Ich darf es einmal kurz zusammengefaßt sagen: Die Gesetzgebung der Bundesrepublik zum Mietrecht harmoniert eben nicht mit den Realitäten in der DDR. Man kann diese überzentralisierten Strukturen bei aller Kritik und Notwendigkeit der Überführung eben nicht ad hoc umsetzen. Und das Problem - das muß ich Ihnen sagen - wird nun den Kommunen überlassen. Im Einigungsvertrag wird eben keine Klarheit geschaffen. Und die Wohngeldregelungen, die es in der Bundesrepublik gibt und die wir ohne Zweifel anerkennen, sind eben hier nur eine Linde- rungsversorgung. Man will offenbar die soziale Explosion erst nach den Wahlen zugeben.

Dem Bauausschuß lag der Antrag vor, und er ist in eine Empfehlung eingegangen. Ich will hier sagen: Wir begrüßen diese Empfehlung nachdrücklich, halten sie aber für zu wenig.

Denn laut Aussagen zum Einigungsvertrag wird nunmehr die Bundesregierung ermächtigt, Mieten unter Berücksichtigung der Entwicklung der Einkommen festzulegen und zu ändern. Da können Sie mir ein gewisses Mißtrauen und meine Sorge nicht absprechen. An Spekulationen zu diesem Thema mangelt es ja ebenfalls nicht. Ab Januar wird das dann akut. In einem Arbeitspapier des Bauministeriums wird von der Verdoppelung der Kaltmieten gesprochen, noch gar nicht eingerechnet die weiteren Kosten, die zu begleichen sind.

Mieten und Tarife sind aber der letzte soziale Altsockel der DDR-Bürger und damit auch finanzielle Quelle der jetzigen Lebenshaltung. Wir wissen, so niedrig können die Mieten nicht bleiben, aber wir sind dagegen, den sozialen Sockel Mieten lediglich von den Wogen der Marktwirtschaft wegzuspülen, ohne daß Klarheit besteht, wie das neue Ufer erreicht werden soll.

Hinzu kommt die ausgebliebene Entschuldung des Wohnungsvermögens. Hier wird doch eine früher geschaffene künstliche Binnenverschuldung, die als Wirtschaftsknute der ehemaligen Führung diente, als ein Halsband erhalten in der Hand der Bundesregierung gegenüber den Ländern und Kommunen. Städte und Länder kommen damit an den Tropf des Herrn Wai- gel, und ich halte das nicht für ein gutes Heilverfahren für unser krankes Land.

Man kann sich das auch anschauen in Stadtverordnetenver- sammlungen. Ich habe es mir im Magistrat in Halle angeschaut. Es gibt keine Lösung zur Finanzierung der Probleme und zu- nächst auch keine Rechtsaufsichtsbehörde für die Städte, weil ja hier den Regierungsbevollmächtigten die Probleme auch nicht zuzumuten sind.

Offen bleibt auch, was es bedeutet, Bindung der Mieten an die Entwicklung der Einkommen. Hier ist ja wohl nicht an eine indi- viduelle Bindung gedacht, sondern an die allgemeine Entwick- lung mit der Lohn- und Gehaltsniveaumentwicklung. Dabei muß man doch wohl sagen, es wird doch wohl so werden: Wenige wer- den rasch mehr, viele aber lange weniger haben. Betroffen sind dann die sozial Schwächeren. Der Anteil der Wohngeldempfän- ger wird viel, viel größer sein als in den Bundesländern des We- stens. Ich darf Sie noch darauf hinweisen, daß wir hier nicht nur die finanziellen Probleme sehen. Natürlich wird irgendwann und irgendwie Geld fließen, auch in die Kommunen, aber wir werden immer in der Rolle eines Bittstellers sein, und das halte ich für unwürdig.

Schließlich, da der Antrag offenbar keine Chance hat, nach- träglich in den Einigungsvertrag zu gelangen, lassen Sie mich das Anliegen in die Bitte und Aufforderung kleiden: Alle Partei- en, die sich um Regierungsbeteiligung bemühen, sollten vor den Wahlen ihre Positionen zur Mietenentwicklung offenlegen.

Schließlich, zum Abschluß, Frau Präsidentin, das möchte ich Ihnen gern sagen, ich hätte nach Ihrem für meine Begriffe ver- antwortungslosen Brief, der die Diäten der Volkskammerabge- ordneten mit ihrem Stimmverhalten in Zusammenhang brachte, heute morgen eine Entschuldigung erwartet.

(Beifall bei der PDS - Zwischenruf von der CDU/DA:
So ein Spinner!)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, ich sehe Ihren Antrag jetzt so, daß Sie eine Veränderung des Wortlautes haben. Sie haben hier geschrieben, daß diese Verordnung Bestandteil des Einigungsvertrages wird. Sie wollen das jetzt anders formuliert haben, daß dieser ein An- trag für weitere Verhandlungen wird.

Claus (PDS):

Den Antrag halten wir so aufrecht. Ich hatte seine Chancen einkalkuliert, nachdem ich eben darüber gesprochen hatte.